

Offener Brief wurde durch Spenden finanziert

LUZERN Mit einem Inserat sorgten Flüchtlinge für Aufsehen. In Auftrag gegeben wurde es von einem jungen Linken.

In der Samstags-Ausgabe unserer Zeitung haben Flüchtlinge einen offenen Brief an die Luzerner Regierung veröffentlicht – in Form eines bezahlten Inserats. Darin reagieren sie kritisch auf den Flyer mit Verhaltensregeln, welcher die Luzerner Regierung vor kurzem in Asylzentren verteilt hat. Als Unterzeichner sind «Flüchtlinge im Kanton Luzern» und die Kontaktperson Süleyman Özbayhan aufgeführt. Der Brief löste am Wochenende ein beträchtliches Medienecho aus. Özbayhan zeigt sich darüber erfreut: «Ich finde es gut, dass das Thema diskutiert wird. Vielleicht werden die Menschen dann dafür sensibilisiert», sagt der türkische Flüchtling. Er lebt seit über fünf Jahren in der Schweiz.

Ein anderer Mann, der den offenen Brief im Namen der Flüchtlinge als Inserat aufgegeben hat, will anonym bleiben: «Es geht um den Inhalt, und mein Name ist hier nicht relevant», sagt der Schweizer. Er stammt aus dem linken

Milieu und dem Umfeld der «Autonomen Schule». In dieser werden unter anderem Deutschkurse angeboten. Die Schule ist an der Baselstrasse angesiedelt.

Von zehn auf hundert

Den Brief haben dem Mann zufolge rund zehn Flüchtlinge initiiert, die sich zum Teil aus der «Autonomen Schule» kennen. Özbayhan ist einer davon. Mitgearbeitet und diskutiert hätten aber gut deren hundert. Einige seien erst ein paar Monate in der Schweiz, andere bereits mehrere Jahre, sagt der Mann, der Mitglied der Juso ist.

Ein ganzseitiges Inserat kostet für die Gesamtausgabe (inklusive der Ausgaben in Obwalden, Nidwalden, Zug und Schwyz) 21 850 Franken. Laut dem Mann finanzierten das Inserat Privatpersonen, «denen es wichtig war, dass auch die Meinung der Flüchtlinge zum Thema gehört wird». Er betont aber, dass es die Idee der Flüchtlinge gewesen sei, einen Brief an die Regierung zu schreiben. «Niemand sonst steckt hinter dem Brief als die Flüchtlinge», sagt er. Bereits nach der Bekanntgabe des Benimm-Flyers sei die Idee aufgekommen. Eine Veröffentlichung des Briefes sei zu Beginn nicht

geplant gewesen. Erst durch die Spendengelder habe man sich dafür entschieden.

Die beteiligten Flüchtlinge stammen aus verschiedenen Teilen der Welt: Eritrea, Kurdistan, Afghanistan und Syrien. Deshalb verfassten sie das Schreiben zunächst in ihren Sprachen. Es gab eine Fassung auf Arabisch, Farsi, Kurdisch, Türkisch und Tigrinisch (Sprache in Eritrea). Bei der Übersetzung ins Deut-

«Wir wollen nicht von der Stadt erzogen werden.»

SÜLEYMAN ÖZBAYHAN

sche und bei der Rechtschreibung halfen Schweizer – unter anderem auch das erwähnte Juso-Mitglied. Ihm zufolge geht es dabei um mehr als um den Benimm-Flyer. Es sei eine Reaktion auf die allgemeine Stimmung, in der männliche Flüchtlinge als unanständig abgestempelt werden. «Ich wollte etwas dazu beitragen, dass auch die Menschen eine Stimme bekommen, die sonst nicht gehört werden», sagt er. Vom grossen Medieninteresse des Briefes zeigt er sich überrascht: «Wenn ein SVP-Plakat abgedruckt wird, fragt niemand, wer es bezahlt hat.»

«Keine Frage der Herkunft»

Die Verfasser schreiben etwa: «Wir fühlen uns gekränkt durch Ihre Aktionen

der letzten Wochen. (...) Wir sind Menschen mit viel Respekt vor Frauen und Männern. Sexuelle Übergriffe sind keine Frage der Herkunft, sondern eine Frage des fehlenden Anstandes. Wir sind gerne bereit, eine Diskussion über den Umgang zwischen Frauen und Männern zu führen. (...) Sie aber haben uns als Wilde hingestellt, die aufgeklärt werden müssen. Damit giesst die Regierung zusätzlich Öl ins Feuer und provoziert uns gegenüber Rassismus.»

Einige der beteiligten Flüchtlinge haben sich dem Juso-Mitglied zufolge auch an einer Verteilaktion von Rosen an der Luzerner Fasnacht beteiligt. Auch dort wollten sie zeigen, dass sie keine «Wilden» sind. «Wir wollen nicht von der Stadt erzogen werden», sagt Özbayhan. Denn die Verhaltensregeln seien ihnen bekannt. «Man soll nicht vergessen, dass wir Menschen sind.»

Sozialdirektor Guido Graf nahm gegenüber dem Sender SRF in der «Tagesschau» bereits Stellung zum Brief. Er sei überrascht, denn der Benimm-Flyer richte sich an alle und nicht nur an Flüchtlinge. Im Flyer wird die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen thematisiert. Damit wollte die Luzerner Regierung Übergriffe wie in der Silvesternacht in Köln an der Fasnacht verhindern.

GABRIELA JORDAN
gabriela.jordan@luzernerzeitung.ch